

Diskriminierung älterer Menschen in Corona-Zeiten

Beitrag von Jens-Peter Kruse, Mitglied des BAGSO-Vorstandes, im Rahmen einer Anhörung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) zum Thema „Diskriminierung im Zusammenhang mit der Corona-Krise“ am 28.01.2021.

Der Beitrag konzentriert sich angesichts der zur Verfügung gestellten Redezeit auf drei Themenbereiche:

1. Die Auswirkungen der Triage-Debatte auf ältere Menschen
2. Diskriminierungserlebnisse Älterer durch die Reaktivierung eines negativen Altersbildes
3. Die Einschränkung der Grundrechte von Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen

Die Triage-Debatte

Ausgelöst durch die Bilder aus Bergamo in Norditalien und die dortige Praxis in den Krankenhäusern gab es für kurze Zeit auch in Deutschland eine intensive öffentliche Debatte über die Frage der Rationierung von Gesundheitsleistungen. Im Zentrum stand die Frage: Darf die zu erwartende Lebenszeit aufgrund des Alters ein Auswahlkriterium sein? Dass diese Frage an den älteren Menschen nicht spurlos vorbeigegangen ist und als diskriminierend erlebt wurde, bedarf keiner besonderen Ausführung.

Zum Glück haben der Deutsche Ethikrat, die Deutsche Bischofskonferenz und andere Organisationen, sich eindeutig gegen das Auswahlkriterium Alter ausgesprochen. Nicht zuletzt wegen der zurückgehenden Anzahl der Patientinnen und Patienten auf den Intensivstationen wurde das Thema Triage nicht weiter öffentlich diskutiert - zumindest in Deutschland nicht. Damit aber ist die Triage nicht aus der Welt: in Schweden, in der Schweiz, in Italien und in Großbritannien spielt das Lebensalter bei einer Triage-Entscheidung weiterhin eine wichtige Rolle.

Dass das Thema auch bei uns nicht vom Tisch ist, zeigt die Diskussion über eine mögliche Triage bei Bewohnerinnen und Bewohnern in den Alten- und Pflegeheimen. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat diesen Sachverhalt in der Sendung von Maybrit Illner am 14.1.2021 angesprochen. Viele ältere Corona-Infizierte sterben laut Lauterbach in ihren Pflegeeinrichtungen, weil sie häufig gar nicht mehr ins Krankenhaus gebracht wer-

den. Denn selbst bei bester Intensivversorgung auf den modernen Intensivstationen würden nur wenige der erkrankten Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern dort überleben. Wenn heute das Durchschnittsalter auf den Intensivstationen bei 60 Jahren liegt und laut RKI 60 Prozent dieser Intensivpatientinnen und -patienten die Krankheit überleben, aber weit über 80 Prozent der Corona-Toten über 70 Jahre alt sind, liegt der Verdacht nahe, dass vor Ort, im Alten- und Pflegeheim, in einer Art Vor-Triage entschieden wird, schwer Erkrankte nicht mehr ins Krankenhaus zu bringen.

Dieses alles legt den Verdacht nahe, dass Menschen aus Pflegeheimen keine Chance auf eine intensivmedizinische Behandlung bekommen, weil sie von vornherein aussortiert werden. Wenn das zutrifft, würde das im Prinzip bedeuten, dass eine Vor-Triage in Einrichtungen stattfindet. Die BAGSO hat in einem Schreiben an den Gesundheitsminister um Aufklärung in der Sache gebeten.

Altersbilder

Altersbilder sind gesellschaftliche Deutungsmuster, die durch den jeweiligen kulturellen Hintergrund einer Gesellschaft entstehen und zugleich auf persönlichen Erfahrungen beruhen. Ihre Wirkung kann sowohl positiv wie negativ sein: Sie können mit dem Alter Abbau und Verfall verbinden, es aber auch als aktives, mit Potenzialen und Fähigkeiten ausgestattetes Lebensalter beschreiben. In jedem Fall haben Altersbilder für die Lebenssituation älterer Menschen und ihre Stellung in der Gesellschaft eine große Bedeutung. Negative Bilder und Stereotype manifestieren sich in diskriminierenden Einstellungen und Verhalten gegenüber älteren Personen.

In den letzten Jahrzehnten wurden in unserer Gesellschaft die Potenziale des Alters betont und ein differenziertes Altersbild, das sowohl die Vulnerabilität wie auch die Leistungsfähigkeit Älterer im Blick hat. Die Corona-Krise aber hat das Bild eines heterogenen Alters zerstört und negative Altersbilder reanimiert. Plötzlich gehörten die fitten, lebensfrohen und unternehmungslustigen 60-Jährigen zur Risikogruppe, wurden die agilen und gesunden Alten den Schutzbedürftigen zugerechnet. Dass dies als diskriminierend erlebt wurde, ist leicht nachvollziehbar.

Negative Altersbilder sind nicht nur diskriminierend, sie sind auch gefährlich. Sie sind riskant, weil sie gesundheitliche Einschränkungen zur Folge haben: „Studien zeigen, dass sich eine positive Einstellung zum eigenen Altern günstig in Richtung höhere Lebenserwartung auswirkt. ... Menschen mit einer positiveren Erwartung lebten durchschnittlich

7,5 Jahre länger als Menschen mit einer negativen Vorstellung vom Altern.“ (André Aleman)

Es gilt festzuhalten: Negative Altersbilder bewirken eine Diskriminierung Älterer. Dazu drei konkrete Beispiele:

- In Deutschland werden knapp 10 Millionen über 65-jährige Fahrzeughalter ohne ersichtlichen Grund mit einem deutlichen Zuschlag der Kfz-Prämie belastet. Diese Erhöhung erfolgt unabhängig vom Schadensverlauf. Die Versicherungen begründen sie mit den steigenden Unfallzahlen älterer Fahrzeughalter. Bis heute müssen die Versicherungen ihre Kalkulation aber nicht vorlegen, etwa gegenüber der BaFin. Meine These: Dieses Vorgehen wird gesellschaftlich akzeptiert, weil die zugrundeliegende Annahme dem immer noch vorherrschenden negativen Altersbild entspricht.
- Ähnliches ist im Bereich der Auslandskrankenversicherungen zu beobachten. Hier gibt es von einem Lebensjahr auf das andere, von 64 auf 65 Jahre, eine Erhöhung von bis zu 300 Prozent. Auch hier ist eine Offenlegung der Kalkulationen nicht vorgeschrieben. Es reicht allein die durch die negativen Altersbilder genährte Vermutung, dass ältere Menschen häufiger und länger krank sind als jüngere. Dass dies für die 65-Jährigen in der Regel nicht zutrifft, fällt nicht weiter auf.
- Auch im Gesundheitswesen entsteht durch negative Altersbilder Altersdiskriminierung. Da sind präventive und rehabilitative Leistungen häufig nur für Erwerbstätige vorgesehen, werden Beschwerden als „altersbedingte“ Erscheinungen abgetan, werden Ältere nicht als Partnerinnen und Partnern im medizinischen, pflegerischen Dialog angesehen, die mitüberlegen und entscheiden wollen, was für sie gut ist und was nicht.

Die Reaktivierung negativer Altersbilder durch die Corona-Pandemie befördert bzw. verstärkt die bestehende Altersdiskriminierung. Dies bestärkt die BAGSO, ihre Forderung nach einer Novellierung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG), mit dem Ziel einer höheren Transparenz der Risikokalkulationen der Versicherungswirtschaft, und der Aufnahme des Tatbestandes „Lebensalters“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes.

Einschränkung der Grundrechte von Bewohnerinnen und Bewohnern der Alten- und Pflegeheime

Schon zu Beginn der ersten Welle der Pandemie wurde deutlich: die Mortalitätsrate der Erkrankten ist besonders hoch bei älteren Menschen. Das ist bis heute so geblieben: ca. 90 Prozent der Verstorbenen sind 70 Jahre alt und älter. Sie zu schützen, hatte eine hohe Priorität. Das geschah vor allem durch Wegsperrungen und Kontaktverbote.

Was als Schutz gedacht war, entwickelte sich zu einem Bumerang. Die Quarantänemaßnahmen in den Alten- und Pflegeheimen machten nicht wenige krank. Häufig beobachtet wurden eine Verschlechterung des Allgemeinzustandes, ein Rückgang der kognitiven Fähigkeiten und die Zunahme von Depressionen. Der Vorsitzende des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) hat den beabsichtigten Schutz der alten Menschen zugespitzt wie folgt kommentiert: „Die Vermeidung des biologischen Todes wurde erkaufte mit dem sozialen Tod.“ (Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt)

Die BAGSO hat sich mehrfach zu diesen Übergriffen geäußert und durch Prof. Dr. Friedhelm Hufen (Uni Mainz) ein [Rechtsgutachten](#) erstellen lassen, das Anfang November 2020 veröffentlicht wurde. Das Gutachten stellt unmissverständlich fest, dass in der ersten Welle grobe verfassungswidrige Eingriffe in die Grundrechte von Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen und deren Angehörigen erfolgt sind. Bis heute entscheiden in einigen Bundesländern Heimleitungen ohne öffentliche Kontrolle über die Einschränkung von Grundrechten. Dass dies möglich war und zum Teil noch ist, ist ein Skandal.

Typisch für die Debatte über den Schutz der Älteren war, dass sie weitgehend ohne die Beteiligung der Älteren geführt wurde. Stattdessen dominierte ein altersbezogener, bipolarer „Wir-Sie“-Diskurs. Die „Wir’s“ entscheiden darüber, was für die „Sie’s“ sinnvoll und gut ist. Dieses „Retter-Opfer-Narrativ“ hat die Älteren zu willen- und wehrlosen Objekten gemacht, sie diskriminiert und ihnen die Würde genommen.

Schlussbemerkung

Die Aufzählung der negativen und zum Teil diskriminierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die älteren Menschen ist mit dem bisher Vorgetragenen nicht vollständig. Deshalb möchte ich am Ende meines Beitrages stichwortartig folgende Probleme ansprechen:

- Die Schließung von Treffpunkten und Angeboten der Offenen Seniorenarbeit, die Untersagung von Kulturveranstaltungen und Gottesdiensten hatten und haben eine Kontaktreduzierung zur Folge, die nicht wenige der Älteren als sehr belastend erleben.
- Die zunehmende Online-Registrierung für den Besuch von Schwimmhallen, Zoos oder Termine für kommunale Dienstleistungen führen und führten zur Exklusion der Offliner unter den älteren Menschen.
- Die mangelhafte Organisation der Buchung eines Impftermins und das häufige Fehlen eines angemessenen Transportangebotes für mobilitätseingeschränkte bzw. immobile 80 Jahre alte und ältere Seniorinnen und Senioren werden allgemein als diskriminierend erlebt.
- Schließlich verstärkte die Pandemie das Problem der Altersarmut bei denen, die mit Hilfe eines Mini-Jobs ihre niedrigen Renten aufbesserten, da diese Möglichkeit coronabedingt wegfiel.

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas, das die bestehenden Probleme der Seniorenpolitik unübersehbar deutlich macht. Sie wurde damit zugleich zu einem Katalysator, der die Dringlichkeit der Lösungen der sichtbarer gewordenen Defizite auf die politische Agenda setzte. Damit sind Erwartungen entstanden, deren Erfüllung noch offen ist. Angesichts der künftigen Finanzlage der Kommunen, der Länder und des Bundes, wird es ein Kraftakt werden, die Hoffnung vieler, dass aus der Pandemie die richtigen Lehren für die Zukunft gezogen werden, nicht zu enttäuschen.

Jens-Peter Kruse, Mitglied des BAGSO-Vorstandes